

Regierungspräsidium Darmstadt · 64278 Darmstadt

Magistrat der
Kreisstadt Erbach
Neckarstraße 3
64711 Erbach

Magistrat der Kreisstadt Erbach	
Eing.	18 Juli 2024
	

Unser Zeichen: **RPDA - Dez. I 16-33 g 02/40-2018/13**
 Dokument-Nr.: **2024/936452**
 Ihr Zeichen: 3.1 uh (930.30)
 Ihre Berichte vom: 29. April; 2. und 6. Mai; 28. Juni sowie 10. Juli 2024
 Ihr Ansprechpartner: Jörg Nehrbaß
 Zimmernummer: 2.37
 Telefon / Fax: 06151 12 5309 / 06151 12 4610
 E-Mail: joerg.nehrbass@rpda.hessen.de
 Datum: 15. Juli 2024

Kommunal- und Finanzaufsicht über die Kreisstadt Erbach nach §§ 135 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 4 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz - SchuSG); Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Am 18. April 2024 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Erbach die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen und meiner Behörde mit Bericht vom 29. April 2024 – hier per E-Mail eingegangen am 2. Mai 2024 – zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der genehmigungspflichtigen Teile vorgelegt.

Nachfragen meiner Behörde wurden jeweils zeitnah beantwortet. Ergänzende Unterlagen bzw. Informationen sind zuletzt am 10. Juli 2024 eingegangen.

**I.
Genehmigung**

Hiermit genehmige ich gemäß § 4 SchuSG in Verbindung mit § 97a HGO

1. die Abweichung von den Vorgaben des Haushaltsausgleichs für den Finanzhaushalt des Haushaltsjahres 2024 nach § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO;

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2, Kollegiengebäude
64283 Darmstadt

Internet:
www.rp-darmstadt.hessen.de

Servicezeiten:
Mo. – Do. 8:00 bis 16:30 Uhr
Freitag 8:00 bis 15:00 Uhr
Telefon: 06151 12 0 (Zentrale)
Telefax: 06151 12 6347 (allgemein)

Fristenbriefkasten:
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt
Öffentliche Verkehrsmittel:
Haltestelle Luisenplatz



2. den Gesamtbetrag der in § 2 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vorgesehenen Kredite in Höhe von

5.042.650 €

(i. W.: „fünf Millionen zweiundvierzigtausendsechshundertfünfzig Euro“),

gemäß § 103 Abs. 2 HGO;

3. den in § 4 der vorgenannten Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag der Liquiditätskredite in Höhe von

4.000.000 €

(i. W.: „vier Millionen Euro“),

gemäß § 105 Abs. 2 HGO.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

II.

Feststellungen zur Haushaltslage und zur Haushaltsgenehmigung

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Erbach muss im Haushaltsjahr 2024 weiterhin als „**angespannt**“ bewertet werden.

Im ordentlichen Ergebnis 2024 wird jahresbezogen zwar ein Defizit prognostiziert, zum Ausgleich stehen jedoch Rücklagemittel zur Verfügung. Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht vorhanden. Damit ist der Ergebnishaushalt gemäß § 92 Abs. 5 Nr. 1 HGO im Plan ausgeglichen. Bei der Entwicklung in der Ergebnisplanung ist gegenüber dem Haushaltsansatz für 2023 eine leichte Verbesserung festzustellen. In den Ergebnisplanungsjahren 2025 bis 2027 werden jeweils Überschüsse im ordentlichen Ergebnis prognostiziert.

Zum Ausgleich des Finanzhaushalts haben Gebietskörperschaften, die am Entschuldungsprogramm der Hessenkasse teilnehmen, nicht nur die ordentliche Tilgung, sondern zusätzlich auch die Hessenkassenbeiträge durch eine Eigenfinanzierung aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sicherzustellen, soweit zweckgebundene Tilgungserstattungen nicht zu Verfügung stehen (§ 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO). Diese Vorgabe wird nach den vorgelegten Unterlagen im aktuellen Haushaltsjahr nicht eingehalten. Die rechnerische Ausgleichslücke kann jedoch durch ungebundene Liquidität gedeckt werden. In der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushalt 2024 wird für die Jahre 2025 bis 2027 jeweils ein Ausgleich im Finanzhaushalt prognostiziert. Nach der aktuellen Haushaltsplanung wird für das Ende des Jahres 2027 ein „freier“ und nutzbarer Liquiditätsbestand in Höhe von

rd. 2,3 Mio. € erwartet. Auch hier ist eine Verschlechterung gegenüber den Vorjahresprognosen festzustellen. Für Abweichungen von den Vorgaben zum Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt ist eine Genehmigung gemäß § 97a Nr. 1 HGO erforderlich. Da zur Deckung der Ausgleichslücke ausreichend ungebundene Liquidität zu Verfügung steht, kann diese Genehmigung erteilt werden.

Der investive Schuldendienst und die hieraus resultierenden Risiken einer Finanzierung von Zinsen und Tilgung bei Verschlechterung der konjunkturellen Lage sind haushaltswirtschaftlich weiterhin als kritisch anzusehen. Daneben schränken die langfristigen Zahlungsverpflichtungen an das Sondervermögen Hessenkasse nachhaltig den kommunalpolitischen Handlungsspielraum ein.

Bei voller Inanspruchnahme der bestehenden Kreditermächtigungen würden bis Jahresende 2024 die investiven Schulden auf 17,7 Mio. € – bei einer rechnerischen Pro-Kopf-Verschuldung von 1.255 € – ansteigen. Diese Verschuldung sollte – wegen den langfristigen Belastungen durch den Schuldendienst – weiter im haushaltspolitischen Fokus stehen. Im Hinblick auf die weiterhin „lediglich“ angespannte finanzielle Leistungsfähigkeit habe ich auch für 2024 auf einen aufsichtsbehördlichen Einzelgenehmigungsvorbehalt nach § 103 Absatz 4 Nr. 2 HGO verzichtet.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde vom Magistrat nachvollziehbar dargelegt und konnte gemäß § 105 Abs. 2 HGO genehmigt werden. Nach § 105 HGO dienen Liquiditätskredite der Sicherstellung der Liquidität und sind keine Deckungsmittel. Liquiditätskredite sind daher grundsätzlich nur im Rahmen des Haushaltsvollzugs bis zum Ende des Haushaltsjahres zulässig und bis dahin entsprechend zurückzuführen.

Wegen dem gemäß § 92a Abs. 1 Nr. 1 HGO nicht gesetzeskonform ausgeglichenen Finanzhaushalt wäre ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen und zu beschließen gewesen. Entsprechend der Festlegungen unter Ziffer II. Nr. 4 des Finanzplanungserlasses vom 11. Oktober 2023 befreit das Hessische Innenministerium jedoch die Kommunen zumindest im Genehmigungsverfahren 2024 – für den Fall einer Deckung der Ausgleichslücke im Finanzhaushalt durch ungebundene Liquidität – von der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung eines HSK.

Nach § 92a Abs. 1 Nr. 2 HGO in Verbindung mit Ziffer II. Nr. 4 des o. a. Finanzplanungserlasses wäre zudem ein HSK erforderlich, wenn im Finanzplanungszeitraum insgesamt die Summe der Salden aus der laufenden Verwaltungstätigkeit abzüglich der Summe der ordentlichen Tilgungsleistungen unter Berücksichtigung hierfür vorgesehener zweckgebundener Einzahlungen und an das Sondervermögen Hessenkasse negativ ist. Abweichend hiervon entfällt die HSK-Verpflichtung jedoch entsprechend der weiteren Festlegungen unter Ziffer II. Nr. 4 des o. a. Finanzplanungserlasses, sofern für die vorgenannte summierte Ausgleichslücke im gesamten Planungszeitraum ausreichend ungebundene Liquidität zur Verfügung steht.

Entsprechend wurde zur Haushaltssatzung 2024 kein HSK beschlossen.

Gemäß § 106 Abs. 1 HGO soll sich der geplante Bestand an flüssigen Mitteln in der Regel auf mindestens zwei Prozent der Summe der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre belaufen. Diese Liquiditätsreserve beträgt für die Stadt Erbach somit 0,7 Mio. € für das Jahr 2024. Unter Berücksichtigung der rechnerischen Ausgleichslücke des aktuellen Finanzhaushalts kann dieser Liquiditätspuffer vollständig vorgehalten werden. Auch zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahre 2027 soll – vorbehaltlich der künftigen tatsächlichen Auszahlungsentwicklung – diese Mindestliquiditätsreserve rechnerisch vorhanden sein.

Gemäß § 112 Abs. 6 Satz 1 HGO kann die Aufsichtsbehörde die Genehmigung für das Haushaltsjahr 2024 – bei einem nach Ende April vorgelegten Haushalt – nur erteilen, wenn der Jahresabschluss 2023 aufgestellt und die Vertretungskörperschaft entsprechend unterrichtet wurde (siehe Ziffer 4 der Hinweise zur Anwendung der Vorschriften zu § 112 HGO). Nach den vorliegenden Unterlagen wurde die Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 vom Magistrat mit Beschluss vom 10. Juni 2024 festgestellt. Am 27. Juni 2024 wurde die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 112 Abs. 5 HGO über den Jahresabschluss 2023 informiert. Die Haushaltsgenehmigung kann somit erteilt werden.

III.

Empfehlungen und Maßgaben zur Haushaltswirtschaft

Als zuständige Finanzaufsichtsbehörde hat das Regierungspräsidium Darmstadt darauf zu achten, dass die Kreisstadt Erbach im Einklang mit den Gesetzen verwaltet wird. Dazu gehört die gesetzliche Verpflichtung zu einer ausgeglichenen Haushaltswirtschaft, die eine stetige Aufgabenerfüllung ermöglicht.

Daher muss ein dauerhafter und nachhaltiger Haushaltsausgleich im Ergebnis- und Finanzhaushalt – ungeachtet der aktuellen konjunkturellen Unwägbarkeiten – ein vordringliches kommunalpolitisches Ziel sein. Im Haushaltsvollzug ist daher ein Ausgleich des Finanzhaushalts 2024 in der Rechnung gemäß § 92 Abs. 6 Nr. 2 HGO unbedingt anzustreben.

Im Hinblick auf die erneut ausgewiesene Ausgleichslücke im Finanzhaushalt ist die Beibehaltung des Hebesatzes der Grundsteuer B bei 530 v. H. haushaltswirtschaftlich zu begrüßen. Der vom Hessischen Innenministerium für die Gemeindegrößenklasse von 10.000 bis 20.000 Einwohnern ermittelte Durchschnittshebesatz von 510 v. H. wird damit weiter übertroffen. Auch bei möglichen künftigen weiteren Haushaltsverschlechterung ist

unbedingt zu beachten, dass die Grundsteuer B – neben anderen Potentialen zur Haushaltsverbesserung – im besonderen aufsichtsbehördlichen Fokus stehen wird. Besonders im Hinblick auf die Nachrangigkeit der Kreditfinanzierung sind, wegen der bereits schon bestehenden investiven Schulden, städtische Vermögensgegenstände, welche zur Erfüllung kommunaler Aufgaben in absehbarer Zeit nicht benötigt werden, auf ihre wirtschaftlich vertretbare Veräußerbarkeit zu überprüfen. Hierbei wären auch die wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt zu hinterfragen. Auf meine Rundverfügung vom 20. März 2003, Az.: II 21.3 - 33 f 08, weise ich nochmals hin.

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dürfen gemäß § 27 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ohnehin erst in Angriff genommen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist. Gemäß Ziffer 5 der Hinweise zur Anwendung der Vorschriften zu § 105 HGO ist vor einer Zwischenfinanzierung mit Liquiditätskrediten daher zu prüfen, ob und ggf. in welcher Höhe Darlehen zur Schlussfinanzierung notwendig werden.

Überjährige Liquiditätskredite sind auch künftig grundsätzlich zu vermeiden. Die verantwortlichen politischen Gremien stehen daher weiter in der Pflicht, das Gebot einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung im Sinne von § 92 Abs. 2 HGO im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nachhaltig zu beachten. Entsprechend sind die Grenzen der Vertretbarkeit und Zumutbarkeit des wirtschaftlichen Handelns im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zu hinterfragen. Dies gilt sowohl für die Beibehaltung der Standards, als auch für das vorgehaltene Leistungsangebot.

Wegen der Ausgleichslücke des Finanzhaushalts 2024, dem Umfang der bereits bestehenden investiven Fremdfinanzierung und der aktuellen wirtschaftlichen Unwägbarkeiten empfehle ich weiterhin, eigenverantwortlich haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 107 HGO auszusprechen sowie eigenständig eine kritische Überprüfung der vorgehaltenen und neu beabsichtigten Leistungen bzw. Standards – konsumtiv wie investiv – unter den Gesichtspunkten „pflichtig“ und „freiwillig“ vorzunehmen. Um auch künftig finanzielle Gestaltungsspielräume zu sichern, ist es daher ab sofort nicht mehr vertretbar, in disponiblen Bereichen neue vertragliche Verpflichtungen einzugehen.

Auch im Personalbereich ist ein mögliches Konsolidierungspotential zu nutzen. Im Hinblick auf den im Haushaltsjahr 2024 erneut ausgeweiteten Stellenplan empfehle ich, im Rahmen der Personalbewirtschaftung vorhandene Stellen letztlich nur bei tatsächlichem Bedarf zu besetzen. Auch in diesem Bereich muss eine entsprechende Priorisierung zugunsten der Erfüllung von Pflichtaufgaben erfolgen.

Auch sollten die Beteiligungen der Stadt Erbach entsprechend der Vorgaben nach den §§ 121 ff. HGO so gestaltet bzw. umgestaltet werden, dass außergewöhnliche Belastungen für den Haushalt weitestgehend ausgeschlossen werden können.

Darüber hinaus wird angeregt, die städtischen Entgelte, Gebühren und Beiträge laufend bezüglich des Kostendeckungsgrads zu kontrollieren und gegebenenfalls anzupassen. Im Bereich des Bestattungswesens besteht – bei einer aktuellen Deckungsquote nach der Haushaltsprognose 2024 von 61,84 v. H. – jedoch immer noch kommunalpolitischer Handlungsbedarf. Durch entsprechende Maßnahmen muss hier der Kostendeckungsgrad weiter verbessert werden. **Zu Ihren Bemühungen ist auch weiterhin – spätestens mit Vorlage einer Haushaltssatzung für das Jahr 2025 – zu berichten.**

Auf die rechtlichen Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen nach § 93 HGO in Verbindung mit §§ 8 ff. des Gesetzes über kommunale Abgaben weise ich nochmals ausdrücklich hin.

Abschließend weise ich auf die Verpflichtung zu einem regelmäßigen Berichtswesen entsprechend § 28 GemHVO hin. Die Vertretungskörperschaft soll durch regelmäßige Berichte – mindestens zweimal im Haushaltsjahr – über den Ablauf der Haushaltswirtschaft in die Lage versetzt werden, den Haushaltsvollzug zu kontrollieren und zu steuern. Nur bei einer zeitgerechten Information ist es möglich, Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr zu beschließen und hierdurch negativen Entwicklungen rechtzeitig entgegenzuwirken. Die Berichte nach § 28 GemHVO sind zeitgleich auch der unteren und oberen Kommunalaufsichtsbehörde sowie dem Kreisausschuss des Odenwaldkreises vorzulegen.

IV.

Öffentliche Bekanntmachung

Um weitere Veranlassung gemäß § 97 Abs. 4 HGO wird gebeten. Hierbei halte ich eine Veröffentlichung der jeweiligen Genehmigungstexte zu den genehmigungspflichtigen Teilen der Haushaltssatzung für 2024 unter Ziffer I. dieser Genehmigung für ausreichend. Die öffentliche Bekanntmachung bitte ich nachzuweisen.

V.

Bekanntgabe in der Stadtverordnetenversammlung

Diese Verfügung ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 50 Abs. 3 HGO in geeigneter Weise bekanntzugeben. Dies bitte ich nachzuweisen.

**VI.
Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage vor dem

Verwaltungsgericht Darmstadt
Julius-Reiber-Straße 37
64293 Darmstadt

erhoben werden.



Prof. Dr. habil. Hilligardt
Regierungspräsident

